

den 20. April 1892.

Als Gratis-Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.

Hötel- und Bäder-Anzeiger;
Vollständige Ziehungslisten
der Preussischen Klassen-Lotterien.
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Inserions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.
Reclamezeit 80 Pf., die ganze Seite
200 Mark.

Berlin, Mittwoch,

die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Abonnements-Preis:
Jahresheft für Berlin 7 Mt. 50 Pf.
ohne Botenlohn, für ganz Deutsch-
land und Oesterreich 9 Mt.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika, Kreuzband-Gen-
dang 20 Mt. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen:
für Frankreich bei Aug. Ammel in
Straßburg i. E.,
für England bei Aug. Siegle in London,
für die Schweiz bei E. C. Comie & Co. in
London, 19 Grenham Street E. C.

Berliner
Börsen-Beitung.

Abonnements werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Sprachreuen und unserer Expedition.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Dabei als IV. Beilage:
Verdingungs-Anzeiger.

Zur Lage.

Die Osterfestimmung hat sich diesmal auf die
ersten Feiertage beschränkt. Noch die letzten Sun-
den vor dem Feste gehörten dem politischen Kampfe
und mit seinem Ausgange werden die geistlichen
Bedeutung und tiefen Erregungen unserer Tage
weiter in der alten Kirche hervortreten. Als die
konfessionelle Mehrheit des Preussischen Abge-
ordnetenhauses die Verhandlung über das Mi-
nistergehalt des Grafen von Goltz verweigerte,
machte sie im Hinblick auf vorübergehende große
Schwierigkeiten in unserer Regierungspolitik wohl
hoffen, daß sich während der Osterferien das Bild
der Lage abermals ändern werde. Diese Erwartung
hat sich nicht erfüllt und die Majorität kann den
parlamentarischen Ministern auf den Ministerpräsi-
denten nicht verzichten. Die Ministerien haben,
auf Seiten des Centrums wenigstens, bereits
begonnen. Während noch Graf Ballestrem, wie mit-
geteilt, in einer staatsmännlich ebenso schlichten als
in der Form ausfalligen Rede hauptsächlich die
schwierigsten Gegner des Volkschulgesetzes zum
Vorzug seiner Angriffe machte, ist Herr Dr.
Vorch in einer Verlesung zu Breslau erstlich
weiter vorgegangen, indem er den Grafen Goltz
nicht geringer Schätze entsetzte und sogar vor
der Bemerkung nicht zurückschreckte, die bei der
Zurückweisung der Volkschulvorlage abgegebene
Erklärung des Ministerpräsidenten „siehe den Thats-
achen unvermittelt gegenüber“ Anstoßend ist, daß
Dr. Vorch sich direct an die Person des Grafen
Goltz mit der Forderung wandte, das Feuilleton
aufzuheben. Das Feuilletongesetz ist Reichs-
gesetz, zu seiner Aufhebung die Zustimmung
zu erlangen wäre. Graf von Goltz, des
alten Grafen Caprivi, der die Aufhebung des
Feuilletongesetzes entschieden abgelehnt, und dem
Ministerpräsidenten Graf Ballestrem wenige Tage
vor der Rede des Herrn Dr. Vorch ein ungestümes
Vertrauen bezeugt hatte. Nachdem der Reichstanzler
sich für Beibehaltung des Feuilletongesetzes zu einer
Zeit ausgesprochen, da Graf Ballestrem das Cultus-
ministerium inne hatte, so ist es doch nicht angäng-
lich, vor Volksthem den Grafen Caprivi als einen in
dieser Frage von seinen „athetischen“ Preussischen
Ministercollegen gemieteten Mann darzustellen.
Herr Vorchler waren wohl auch nicht in Ver-
dacht gezogen, die fonderbare Auffassung des
Dr. Vorch hierin auf die Situation im Lande
berechnet sein, die das Centrum allem Ansehen
nach in großem Maßstab und mit erprobter
Wohlfühligkeit beabsichtigt. Es ist auch kein so über-
hebliches, unter den herrschenden Umständen den
Widerstand des Bürgerthums gegen das Schulgesetz
durch eine Massenbewegung für dasselbe in den
geordneten Kreisen des Ultramontanismus numerisch
zu überwinden. Der Ultramontanismus hätte
dabei die scrupellose Demagogie voraus, die der
Opposition gegen die Schulvorlage günstig fern ge-
blieben ist. Ungefährlich wäre das Unternehmen
schon nicht. Vor zwei Jahren hat der Reichstanz-
ler für Aufhebung des Feuilletongesetzes eine weit-
läufige und höchstwertvolle Begründung hervor-
gehoben und so könnte es wieder kommen, zumal
das Centrum, was damals nicht der Fall, jetzt bei
seinen radikalen Elementen politisch Wandern
auf dem Herdholz hat. Die Ablehnung der
Ranger-Gorvette K. war vielleicht weniger von
der Absicht eingegeben, der Regierung die Zurück-
ziehung des Schulgesetzes heimzusuchen, als
von der Nothwendigkeit dicke, der Demokratie in
der Partei entgegenzunehmen. Jedenfalls wird die
öffentliche Action des Ultramontanismus sich vorerst
nicht in der Richtung einer Spannungs-
erhöhung als der parlamentarischen Opposition be-
wegen und die Spannung, die bei der Minister-
gehalts-Debatte für die Partei unabweislich ist,
wird kaum einen besartigen Charakter annehmen.
In ganz anderer Lage befindet sich die deutsch-
conservative Partei, deren führender Gruppe am
Ministerpräsidenten mit einem officiellen Artikel

„Nordd. Allg. Ztg.“ ein böses Ostergeschenk bereitet
worden ist. Der rechte Flügel der Partei
war eben im besten Zug den Antijemismus
ausdrücklich in das Parteiprogramm zu brin-
gen, ja sogar zum Mittelpunkt des deutsch-
conservativen Parteiwesens zu machen. In diesem
Augenblicke läßt die Regierung in schonungsloser
Weise den Charakter des Antijemismus aufdecken
und insbesondere seine Unvereinbarkeit mit dem
Conservatismus und selbst mit der politischen Gere-
chtigkeit. Die bedeutame Kundgebung ist fast in
den Säcken, daß der Antijemismus Dinge ver-
spricht, die auf verfassungsmäßigem Wege nicht
gehalten werden können, und daß die Verwirklichung
dessen, was die antijemische Demagogie „läßt“,
einen Umsturz bedingt, „wo möglich noch tiefergreifender,
als derjenige, welchen der Socialismus plant.“ Diese
Ansehensherabsetzungen, in diesem Augenblicke vorge-
bracht, bedeuten eine schwere Verlegenheit für die in
der conservativen Partei herrschend gewordene Rich-
tung. Zwar die Herren Stöcker und Genossen wer-
den sich die Vorhaltung wesentlich falscher Ver-
sprechungen und des Hinabreitens auf die Revolution
wenig ansehnlich lassen, aber den schonenden Ge-
danken haben hinüberzusehen lassen, muß die
Abkehrung aus hohen staatlichen Regionen in den
Höhen gelten. Man kann als Preussischer Conserva-
tiver in Opposition gegen die Regierung des Königs
für irgend ein Schuldgesetz, für Reichs-Hammereiche
Kirchengesetze u. dgl. agitieren, man kann einen Ver-
trauensmann des Königs ignorieren und beleidigen, man
kann aber nicht einer Partei angehörend, deren officielle
Politik als bewußte Lüge und deren Ziele als revo-
lutionär gebrauchbar sind. Wenigstens kann man
sich dann nicht mehr conservativ und konsequenter
nennen, am allerwenigsten aber kann eine den Um-
sturz vorbereitende Partei den Anspruch erheben,
das Volk und die höchsten Stellen im Staat
und Arme ihren Angehörigen überzutrauen werden.
Die Ausführungen in der Nordd. Allg. Ztg.,
müssen daher zur Folge haben, daß entweder die
Annahme des Antijemismus in das conservative
Parteiprogramm unterbleibt, oder daß die von
Herrn v. Helldorff gewünschte „reine Scheidung“
sich vollzieht. Im ersten Falle wäre allerdings
keine Lösung herbeigeführt, denn auch ohne aus-
drücklich antijemisches Programm haben sich Mit-
glieder der deutschconservativen Fractionen im Lande
und in den Parlamenten in der als lägenhaft und
auf die Revolution hinweisend gekennzeichneten
Weise betätigt. Es ist nur an die Verächlichkeit
denkbar, welche in der That von seiner socialdemokratischen
Aufreizungsaction übertraffen ist, und vermutlich
den härtesten Anstoß zu den unzuweildigen Kund-
gebungen gegen den Antijemismus in der conservativen
Partei gegeben hat. So sehr dieselbe die
Ablehnung der rechten Gruppe der Conservativen
gegen das Preussische Ministerium und seinen Präsi-
denten verurteilt muß, so wenig wahrscheinlich ist es,
daß man von dieser Seite bei der Debatte über das
Gehalt des Ministerpräsidenten auf die officielle Brand-
marke des Antijemismus zu sprechen kommen
wird, denn es droht die Gefahr, daß eines der con-
servativen Mitglieder des Ministeriums den Zeh-
nerhandlung die so behandelte Frage des Antijemismus
bis Scheidung der Gesetze innerhalb des Conservatis-
mus noch dringlicher erscheinen läßt, so wird eine solche
bei der Unklarheit aller innerpolitischen Verhältnisse
doch kaum in nächster Zeit erfolgen, so wenig wie
eine Klärung der Lage überhaupt. Einer todtten
Saison sehen wir in diesem Jahre nicht entgegen.
Was die große Militärvorlage im nächsten, mag sie
erst im übernächsten Winter zum Vorschein kommen,
sie wird bereits ihre Schatten voraus, und der con-
servativ-radicalen Radikalismus das selbst das Osterfest zum
Anlaß genommen, um aus der Möglichkeit einer
Erweiterung der Militärbudget Capital zu schla-
gen. Es sind eben die Ultramontanen und Reac-
tionären nicht allein, die sich in der geänderten
Zeit nicht geändert haben. Auch sonst fehlt
es nicht an einem Beunruhigungsstoff, der zu dem
alten hinzugekommen ist. Darunter steht augen-
blicklich in erster Reihe der Plan einer neuen Schloß-
lotterie, der, scheinbar unpolitisch, zu den allerjähwer-

sten politischen Bedenken Anlaß giebt. Wenn die
hier maßgebenden Persönlichkeiten wüßten, wie viel
dieses unglückselige Project von guten Empfindungen
und Ueberlieferungen wegzufressen droht, sie würden
nichts eiligeres zu thun haben, als seinen Tisch da-
mit zu machen. K.

Telegraphische Besprechungen.

Balle a. S., 19. April. (D. B. Hd.) Der Di-
rector der Landeshaupt der Provinz Sachsen, Scheide-
witz, ist gestorben.

Kranfurt a. M., 19. April. (G. T. C.) Die
Herzogin von Coburg läßt von Coburg aus die
Nachricht der „Franz. Ztg.“ von der stattgehabten
Verlobung der Prinzessin Marie mit dem Kron-
prinzen von Rumänien demittiren.

Paris, 19. April. (G. T. C.) In Regierungs-
kreisen wird die Meldung der „Times“, zwischen
Frankreich und England sei über alle zwischen ihnen
schwebende colonialen Fragen sowie auch über die
Balkanische Frage ein Einvernehmen hergestellt, als
unrichtig bezeichnet und lediglich über eine parallele
Action zur Verhinderung des Verkaufs von Kriegs-
waffen an die eingeborenen Völker Afrikas ver-
ständlich hätten.

London, 19. April. (D. B. Hd.) Den „Times“
werden aus Teheran das Gerücht gemeldet, daß die
Russische Regierung der Persischen eine halbe Million
Pfund Sterling zu 6 pCt. angeboten habe, um letz-
tere die Ablösung des Tabakmonopols zu ermög-
lichen und sie von jeder pecuniären Verpflichtung
gegen England zu befreien. Als Sicherheit für die
Rückzahlung der Anteile sollten die Persischen Zoll-
einnahmen dienen. Die Offerte wird wahrscheinlich
angenommen werden. Die Gegner des Englischen
Einflusses in Persien sagen für diesen Fall ein
schnelles Verschwinden desselben voraus. — Die
New-York „World“ veröffentlicht einen Special-
bericht aus Washington, dem zufolge General Volt,
der Gesandte Venezuelas bei den Vereinigten
Staaten, in New-York eine Verhöhnung zur Unter-
stützung einer Revolution in Venezuela ertübt habe.
Dieselbe soll den Zweck der Speculation dienen
und verschiedene Emissionshäuser sollen dabei be-
theiligt sein. Auch heißt es, daß zwei Zeitungen zum
Zwecke der Unterstützung des Planes durch Subsidien
gewonnen worden seien.

Wien, 19. April. (D. B. Hd.) Die Königin ist
erkrankt und hebrat stark.

Konstantinopel, 19. April. (G. T. C.) Die
Porte hat befohlen, den Bulgaren Kutischeff, dessen
Verhaftung durch das Russische Consulat und spätere
Freilassung seitens der Türkischen Polizei zu einer
scharfen Reclamation der Bulgarischen Regierung
führte, wieder freizugeben und nach Sofia abreißen
zu lassen.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Autliche Nachrichten.

Der König hat dem katholischen Pater, Land-
dechanten und Ehren-Domherrn Föhner zu Nehe
im Landkreis Aachen, dem bisherigen Dominicaner-
pater, Anton von Kayer zu Raimersburg im Kreise
Göln, dem Rentmeister a. D. Jacobus zu Sunde-
hausen im Kreise Schleifstadt und dem Eisenbahn-
Stationsassistenten a. D. Neuland zu Köln-
Deutz den Rother Adler-Orden vierter Klasse,
dem Eisenbahn-Werkmeister a. D. Malz zu Dort-
mund und dem Rentier Albert Spies zu Bonn
den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse,
dem Schutzmann a. D. Zapf zu Posen und dem
pensionirten Gerichtsdiener Veitig zu Salmünster
im Kreise Schleifstadt das Allgemeine Ehren-
zeichen in Gold, sowie dem Eisenbahn-Inspektor
a. D. Wolf zu Köln-Deutz und dem pensionirten
Gendarmen Dillo zu Remberg im Kreise Witten-
berg das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.
Der König hat den nachbenannten Offizieren re-
c. die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen
nichtpreussischen Insignien erteilt, und zwar: des
Commenthurkreuzes zweiter Klasse des Königl.
Württembergischen Friedrich-Ordens:
dem Obersten von Warendorff, Commandeur des